Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 66	S0191/18	03.07.2018
zum/zur		
A0068/18 Fraktion DIE LINKE/future!		
Bezeichnung		
Diskriminierende Werbung im öffentlichen Verkehrsraum		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister	17.07.2018	
Ausschuss für Familie u. Gleichstellung	14.08.2018	
Stadtrat	16.08.2018	

Der Stadtrat hat in der Stadtratssitzung am 14.06.2018 den Antrag A0068/18

„Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, diskriminierende Werbung, insbesondere solche, die gegen die „Grundregeln zur kommerziellen Kommunikation“ des Deutschen Werberates verstößt, im öffentlichen Verkehrsraum zu untersagen und dem Stadtrat eine entsprechende Änderung der Sondernutzungssatzung vorzulegen.“

in den Ausschuss Familie und Gleichstellung überwiesen. Die Stadtverwaltung möchte wie folgt Stellung nehmen.

Die Werberechte auf öffentlichem Grund der Landeshauptstadt Magdeburg sind derzeit mittels Werbenutzungsvertrag an das Unternehmen Ströer Media Deutschland GmbH & Co. KG vergeben.

Das im Antrag genannte Beispiel der Werbung eines „Pizzaliefersdienstes“ betrifft somit Werbevorgänge durch dieses Unternehmen. Die Ströer Media Deutschland GmbH & Co. KG ist verpflichtet, bei der Vermarktung der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten die Interessen der Landeshauptstadt Magdeburg vorrangig wahrzunehmen und keine Werbung durchzuführen, die den Interessen der Landeshauptstadt Magdeburg und des Landes Sachsen-Anhalt zuwiderläuft.

Nach Prüfung aller entgegenstehenden Rechte und Pflichten entscheidet das Unternehmen eigenverantwortlich über eine Annahme von Aufträgen. In Zweifelsfällen erfolgt eine Abstimmung mit der Landeshauptstadt Magdeburg. Selbstverständlich wird auch Werbung abgelehnt, deren Motive beispielsweise sittenwidrig oder die Inhalte strafrechtlich bedenklich sind. Darüber hinaus gibt es derzeit nur eine freiwillige Selbstregulierung der Werbewirtschaft durch den Deutschen Werberat.

Der Deutsche Werberat ist die Selbstkontrolleinrichtung der Werbewirtschaft. Sprichwörtlich Jeder ist berechtigt, sich mit einer Beschwerde über Werbemaßnahmen von Unternehmen an den Werberat zu wenden. Dies kann per E-Mail (werberat@werberat.de), Brief oder Fax geschehen. Anonyme Beschwerden werden nicht bearbeitet. Beanstandungen des Deutschen Werberates richten sich immer an den „Werbenden“ und nicht an den „Betreiber der Werbeanlagen“. Dass der Deutsche Werberat seine Aufgaben mit Erfolg wahrnimmt, zeigt die jüngste Rüge wegen sexistischer Werbung an ein Unternehmen aus Halle. Die Verlagerung oder sogar die Übernahme der Aufgaben des Deutschen Werberates im Vorfeld einer Werbekampagne durch die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg ist nicht empfehlenswert und nicht umsetzbar.

Mit der Sondernutzungssatzung werden ordnungsrechtliche Ziele verfolgt. Sie stellt sicher, dass die Funktion (der Gemeingebrauch) des öffentlichen Verkehrsraums auch bei einer Gewährung von Privatinteressen im öffentlichen Verkehrsraum grundsätzlich gewährleistet/erhalten wird/bleibt. Die Sondernutzungssatzung der Landeshauptstadt Magdeburg und der Werbenutzungsvertrag der Landeshauptstadt Magdeburg mit dem Unternehmen Ströer Media Deutschland GmbH & Co. KG berühren sich nur so weit, als dass die Standorte der Werbeanlagen unter Umständen auf der Grundlage der Sondernutzungssatzung zu genehmigen sind. Auch mit der Sondernutzungssatzung kann die Arbeit des Deutschen Werberates durch die Stadtverwaltung nicht so übernommen werden, dass allgemein vor einer Kampagne diskriminierende Werbung allgemein ausgeschlossen ist. Im Einzelfall ist der Deutsche Werberat durch Anzeige zu nutzen.

Dr. Scheidemann